Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 226. Dienstag, den 27. September 1898. 9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Arbeiterverhältnisse in Schlesien und Posen nach den Berichten der Gewerbe- und Bergräthe.

(Schluß.)

Die Arbeiterzahl des Reviers betrug 16,359 und war gegen 1896 nur um etwa 300 gestiegen. Die Abwanderung nach Westfalen war sehr groß, sogar in Extrazügen wurden die Abwandernden befördert. Das ist kein gutes Zeichen für die Unternehmer, ein desto besseres für die Arbeiter: sie haben es satt, für niederschlesische Löhne zu arbeiten, sie wollen sich nicht mehr so billig verkaufen. Natürlich zogen immer die tüchtigsten und intelligentesten fort, was eigenthümlicher Weise Herrn Streckfuß zu wundern scheint. Diese Verwunderung ist ebenso komisch, wie das Staunen darüber, daß gerade immer die tüchtigsten und am meisten verdienenden Arbeiter die [illegible] Sozialdemokraten sind, die doch gar keinen Grund dazu haben, wie man oft hört. Wer jetzt noch nicht begriffen hat, daß es sehr natürlich und selbstverständlich ist, daß gerade immer die besten Arbeiter auch die beste Arbeitsgelegenheit aufsuchen und auch in politischer Beziehung am ehesten unabhängig werden, dem ist nicht mehr zu helfen.

Die Agitation für die Achtstundenschicht hat bisher wenig Ersatz gehabt; bisher hat nur die „Carl-Georg-Victor-Grube“ bei Gottesberg die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Hier ist aber, wie es scheint, diese Neuerung mehr der über diese Grube hereingebrochenen Wasserkalamität zu verdanken, als der Agitation der Arbeiter. Wie es bei Bergräthen leider fast selbstverständlich ist, ist er ein Gegner der Achtstundenschicht, besonders bei der Besprechung der Sitzungen der Werksvertreter mit den Vertrauensmännern tritt das hervor. Es heißt da: „In manchen dieser Sitzungen kam es zu lebhaften Erörterungen, da ein Theil der Vertrauensmänner sich zum Sprachrohr für die Bestrebungen zur Einführung der achtstündigen Schicht machte.“ Diese Parteinahme des Bergraths für zehn- und mehrstündige Arbeitszeit wird die Arbeiter in ihrem Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit hoffentlich nur bestärken.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist sehr hoch, höher wie in den oberschlesischen Revieren. 2058 Personen, d. h. 12,7 Prozent der Belegschaft sind verunglückt, jeder achte Mann ist mit einem Unglück davongekommen! Die Hauptursache war die „gute“ Zeit des Kohlenmarktes, das „lebhafte Geschäft“. Das ist mit der Segen der guten Zeit für die Arbeiter, daß die Unglücksfälle sich vermehren. Schlagwetterexplosionen sind 1897 nicht vorgekommen, das erste Mal seit vielen Jahren. Hoffentlich wiegt das weder die Unternehmer noch die Arbeiter in falsche Sicherheit. Jedes Joch kann eine neue Explosion bergen, wenn die Vorsicht versäumt wird.

Nach der Lohntabelle sind die Löhne um einige wenige Pfennige, für „jugendliche“ Arbeiter um 2 Pf. (!), für Arbeiterinnen um 1 Pf. (!!) gestiegen. Die Häuerlöhne sollen im Durchschnitt 3,25 Mk. pro Schicht betragen haben. Die Wohnungsverhältnisse sind „wenig zufriedenstellend“, d. h. schlecht.

Dieser Bericht zeigt, daß die Arbeiter noch gar viel zu thun haben, ehe sie sich bessere Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen werden erkämpft haben. Das vorzüglichste Mittel dazu ist stramme Organisation, der Eintritt in den Verband.

l) Bergrevier Görlitz (Bergrath von Rosenberg-Lipinsky).

Dieses letzte Revier des Breslauer Oberbergamtes ist zwar sehr ausgedehnt, enthält aber nur 44 meist kleine Betriebe mit insgesammt 1736 Arbeitern im Jahre 1897; gebaut wird in diesem Revier auf Braunkohle, Erze und Salz. Neues enthält der Görlitzer Bericht nicht; auch hier gab es zwar vermehrte Arbeitsgelegenheit und stellenweise höheren Verdienst, aber auch mehrfach höhere Lebensmittelpreise und schlechte Wohnungsverhältnisse, sodaß die günstige Geschäftslage den Arbeitern kaum irgendwelche Vortheile gebracht hat.

Das Fazit aus all den Berichten der Fabrikinspektoren und Bergräthe ist leider kein günstiges. Mehrfach mußten wir feststellen, daß die Berichterstatter noch immer nicht den Muth gefunden haben, in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse das auszusprechen, was ist. Leider ist unter dem jetzigen Kurs in der offiziellen Sozialpolitik nicht zu erwarten, daß sie in den nächsten Jahren energischer als bisher auftreten werden. Wo aber die Berichterstatter die Wahrheit treffen, da zeigt sich als die wichtigste Thatsache die, daß das Jahr 1897 in noch höherem Grade als das Jahr 1896 den Unternehmern eine überaus große Steigerung der Profite, den Arbeitern dagegen außer recht unbeträchtlichen Lohnerhöhungen und verbesserter Arbeitsgelegenheit erhöhte Plackerei, erhöhte Unfallzahlen und eine ganz bedeutende Erhöhung des Kontingents, das Kinder und Frauen in der Werksarbeit stellen, gebracht hat.

Die Gewerbe- und Bergräthe halten diesen Zustand für gut, wir halten ihn dagegen — und darin fühlen wir uns im vollsten Einverständniß wird der Gesammtheit aller Arbeiter — für sehr verbesserungsbedürftig. Wir sind der Meinung, daß ein bedeutend größerer Theil des 1897er Profitzuwachses hätte der Arbeiterschaft zu Gute kommen müssen.

Flottenpolitisches.

Die „Londoner Morning Post“ bespricht die Rede des Kaisers Wilhelm in Stettin, sowie die Rede, die der französische Marineminister Lockroy in Toulon gehalten hat, und sagt, beide seien Anzeichen für eine baldige Vermehrung der deutschen und der französischen Flotte. Im Hinblick auf die zunehmende Flottenstärke Rußlands dürfe Großbritannien nicht mehr wie bisher mit einer Flotte zufrieden bleiben, die je zwei anderen zusammen gleich komme.

So geht es reihum, eine „Großmacht“ wetteifert darin mit der anderen, und die Völker werden dabei geschröpft bis zum Weißbluten. „Unsere Zukunft liegt ja“, sagt Wilhelm II., „auf dem Wasser“!

Von der Fleischtheuerung.

Der deutsche Fleischerverband, der etwa 27,000 Mitglieder zählt, hat vor Kurzem an den Reichskanzler eine Anfrage gerichtet, ob nicht eine Aufhebung oder Aenderung des Bundesrathsbeschlusses vom 17. Februar 1898, der die Einführung von Schlachtvieh fast unmöglich macht, erwartet werden könne. Darauf ist folgender kurzer Bescheid erfolgt:

„In Erwiderung auf die gefällige Eingabe vom 25. v. M., betreffend die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande, verweise ich Sie auf den Ihnen unter dem 30. April d. J. ertheilten Bescheid. Dazu bemerke ich noch ergebenst, daß bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über eine einheitliche Gestaltung der Fleischbeschau und über die [illegible] der aus dem Auslande eingehenden Fleischwaaren auch die von Ihnen dargelegten Verhältnisse mit zur Erörterung gelangen werden.“

Der Bescheid vom 30. April auf eine frühere Anfrage in gleicher Richtung besagte nichts weiter, als daß der Reichskanzler nicht in der Lage sei, eine Abordnung des Fleischergewerbes zu empfangen. Die Regierung hält es also nach wie vor trotz des Steigens der Fleischpreise für angebracht, gegenüber der Anfrage eines großen Verbandes eine schroff ablehnende Haltung einzunehmen und jede sachliche Antwort zu umgehen. Der Fleischerverband wird nun versuchen, schreibt die „Allg. Fleischer-Zeitung“, eine sachliche Antwort auf eine sachliche Anfrage durch die Parlamente zu erlangen.

In welchem Maße der Fleischkonsum in Folge der theuren Viehpreise eingeschränkt wird, zeigen auch die Verhältnisse in der Fabrikstadt Spandau bei Berlin. Auf dem städtischen Schlachthofe wurden in dem Vierteljahr vom 1. Juni bis 1. September 1500 Schweine weniger geschlachtet, als in demselben Zeitraum des Vorjahres; auf ein volles Jahr berechnet würde die Abnahme an Schweineschlachtungen 6000 Stück betragen. Die Gesammtzahl der geschlachteten Schweine wird nach dem Etat des Schlachthofes auf 20,000 Stück pro Jahr berechnet. Der Minderverbrauch beträgt danach also nahezu 30 Prozent. Auch in den anderen Viehgattungen haben sich die Schlachtungen verringert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung fortgesetzt stark zunimmt und der Geschäftsgang flott ist. Die Bevölkerung (64,000) besteht zu neun Zehnteln aus Arbeitern.

Die hohen Fleischpreise, so schreibt die „Allg. Fleischer-Ztg.“, haben die ärmeren Schichten der Bevölkerung zu einem stärkeren Verbrauch von Pferdefleisch gedrängt. Die Zahl der Orte ist nicht unbeträchtlich, aus denen eine Zunahme der Pferdeschlachtungen gemeldet wird. Dabei ist zu bedenken, daß man in weiten Distrikten Roßschlächtereien bisher überhaupt nicht hatte. In verschiedenen Orten, wie z. B. in Kolmar i. E. sind sie erst neuerdings eingeführt worden und haben bei der herrschenden Fleischnoth sogleich einen erheblichen Umfang angenommen. In Berlin sind in 1897/98 8513, im Vorjahre 7538 Pferde geschlachtet worden, in Zwickau in 1897 nur 62 Stück, in 1898 bis zum 1. September bereits 84, in Königsberg 1896/97 865, 1897/93 926 und in diesem Jahre noch mehr, in Aachen im Jahre 1895 383, 1896 387, 1897 477, in Magdeburg 1896/97 1036, in 1897/98 1223 Stück. Frankfurt a. M. meldet: Pferde werden mehr als früher geschlachtet; wie viele war nicht zu erfahren, aber die Zunahme soll eine ganz bedeutende sein. Graudenz: Seit 4 Jahren hat sich hier ein Roßschlächter niedergelassen, der jetzt jährlich bis 124 Pferde schlachtet. Darmstadt: Wegen der stets steigenden Fleischpreise etablirten sich am hiesigen Platze mehrere Pferdemetzger. In Düsseldorf sind die Pferdeschlachtungen in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, sie beliefen sich in 1897/98 auf 1236 Stück. In Dortmund wurden im letzten Betriebsjahre 250 Pferde mehr als im Vorjahre geschlachtet, in Straßburg i. E. im Jahre 1895/96 822, 1896/97 899, 1897/98 1099, in Metz 1896/97 404, 1897/98 469. In Offenbach hat sich die Zahl der Roßschlachtungen verdoppelt, in Frankfurt a. O. um 66⅔ pCt. erhöht. Rostock, Trier, Mülhausen i. E. u. A. melden eine ganz bedeutende Steigerung des Pferdefleischverbrauchs.

Militärisches.

Auf dem Militär-Schießstande in Altdamm i. P. wurde dieser Tage der Sergeant Wetzel vom 2. Trainbataillon, welcher hinter die Scheibe getreten war, erschossen. Die militärgerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die Schuld allein dem Sergeanten selbst zuzuschreiben ist. Der Unglücksfall sei in Folge vorschriftswidrigen Verhaltens Wetzel's eingetreten.

Als am Mittwoch das in Mülhausen garnisonirende Infanterieregiment Nr. 142 auf Station Zollhaus der strategischen Bahnlinie Immendingen-Waldshut eingeschifft werden sollte, um aus dem Manövergelände mit der Eisenbahn in seinen Standort zurückbefördert zu werden, beging ein Soldat in der Weise Selbstmord, daß er sich mit dem Dienstgewehr eine Platzpatrone durchs Auge ins Gehirn jagte. Der Unglückliche hat die ganzen Manöver als Radfahrer mitgemacht, sich nie etwas zu Schulden kommen lassen und sollte jetzt als Reservist in die Heimath entlassen werden.

Am Mittwoch Nachmittag ertrank im Rhein bei Alt-

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Nemirowitsch-Dantschenko.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Markow und L. Stein.

56) (Nachdruck verboten.)

„Weißt Du, Papa, heute war bei den Tschernomorzew's eine sehr große Gesellschaft; Travins neue Beleuchtung wurde geprobt.“

Und sie zwang dem Vater durch ihr heiteres Plaudern ein Lächeln ab.

„Ja, lachte er denn wirklich? Eine Centnerlast auf dem Herzen und ein Lachen auf den Lippen!

Doch er will sie nicht weiter stören, will ihr die Nachtruhe nicht rauben; — wer weiß, wie viele schlaflosen Nächte ihr der Kummer noch verursachen wird!

„Nun schlaf wohl, mein Kind!“

„Bleib noch ein wenig, Papachen, ich bitte Dich! Sieh, ich wollte Dich schon lange fragen, was Dich so quält in der letzten Zeit . . .?“

„Morgen, mein Kind, morgen!“

„Nein, Papa, sag es mir gleich, ich muß es wissen! Wenn Du gehst, ziehe ich mich an und komme Dir nach! — Warum bist Du so traurig, so finster, so krank in der letzten Zeit? Ich weiß, Deine Geschäfte gehen nicht gut, Du fürchtest arm zu werden, nicht wahr, Papa?“

„Wie leicht sie davon spricht!“ dachte der Greis.

„Aber Papachen, was schadet es denn, wenn wir arm werden? Hast Du mir denn nutzlos eine solche Erziehung geben lassen? Wir Beide werden schon zu leben haben, und es wird noch ganz gut werden, Papa; — wir werden arbeiten, viel arbeiten. Sieh, in den Abendstunden, wenn ich meine Arbeit gethan habe, werde ich mich an den Flügel setzen, werde Dir etwas vorspielen, werde singen und Dir die Grillen verscheuchen. Wir werden einen kleinen, einen ganz kleinen Empfangssalon haben, und ich selbst werde ein warmes Hemd für Dich arbeiten, damit mein lieber Vater nicht friert. Ich werde Dir den Sessel an den Kamin rücken . . .“

„Mein liebes, gutes Kind! Hör' auf — sprechen wir von etwas Anderem!“

Wozu sollte er ihr erklären, daß ein Banquier mit seinem Gelde auch all seine Hoffnungen begräbt? Wozu sie martern mit dem Bilde von der Anklagebank und dem Gefängniß? Wird ihr Schlaf denn ruhiger werden, wenn sie erfährt, wie die Flüche von Tausenden sich über dem greisen Haupt des Bankerotteurs, des Betrügers entladen werden? — — „Aber warum sollen wir nicht davon sprechen, Papa?“

„Ja, ja, mein Kind; wir werden uns einrichten, wie Du es sagst. Ich fürchte mich auch gar nicht vor der Armuth mit Dir, meiner lieben, muthigen Tochter.“

„Siehst Du, Papa, das war schön gesprochen!“ rief Nadja, freudig in die Hände klatschend. „Komm her, Papachen, dafür muß ich Dich küssen! — So war es vernünftig! Warum immer gleich ein langes Gesicht machen und den Kopf hängen lassen? Weißt Du noch, wie wir auf dem Lago di Como Alle lachen mußten, als der Koch den Truthahn mit Wasser begoß? Der Truthahn schrie erst auf, dann wurde er ganz still und machte dazu ein so verdutztes Gesicht. Siehst Du, Väterchen, diesem Truthahn warst Du in den letzten Tagen ähnlich.“ Er zwang sich zu einem Lächeln.

„Und wird mein Töchterchen mir niemals Vorwürfe machen, niemals denken: Warum lebt mir ein solcher Vater?“

„Papa, schäme Dich! Es ist eine Sünde, so zu sprechen. Womit habe ich das verdient?“

„Sieh, Kind, das kam mir nur so in den Sinn. Vor längerer Zeit, Du warst damals in Dresden, fuhr ich nach Moskau, wo damals verschiedene Banquiers und Directoren von Actiengesellschaften in die Stroußberg'sche Affaire verwickelt, angeklagt und vor Gericht gezogen wurden. Du verstehst davon Nichts, Kind, es war eine heikle, unsaubere Sache. Ich saß im Zuschauerraum, als gerade der Staatsanwalt sprach. Er war ein noch junger, talentvoller Mann und sprach so leidenschaftlich und überzeugend, daß ich mit fortgerissen wurde. Sich zu Poljanski, einem der Angeklagten wendend, rief ihm der strenge Mann des Rechts in das Gesicht: „Man wird sagen, er hat Frau und Kinder. Aber wozu bedürfen die Frau und die Kinder des Lebens eines solchen Vaters?“ Ich erzitterte und blickte auf Poljanski. Er, der bis zu diesem Augenblicke ruhig dagesessen, wurde todtenbleich bei diesen Worten, er erhob sich und warf einen Blick in das Publikum nach einer bestimmten Stelle hin, als ob er dort Jemand suche. Eine Welt von Verzweiflung und Sehnsucht lag in diesem Blicke! Wahrscheinlich war ihm jener Gedanke des Staatsanwalts selbst schon in den Sinn gekommen, und in seinem Blick lag die vorwurfsvolle Frage: Braucht Ihr mein Leben denn nun wirklich nicht mehr? — Sieh, Kind, dieser Blick will mir nicht aus dem Gedächtniß, — dieser Blick und die berechtigte Frage des Staatsanwalts: „Wozu brauchen Frau und Kinder das Leben eines solchen Vaters?“

„Papa, das waren keine guten Menschen!“

„Wer war nicht gut, mein Kind?“

„Dein talentvoller Staatsanwalt [illegible] wenig als die, zu denen der arme Vater damals hinübergeblickt!“

„Aber warum, mein Kind?“

„Weil, wenn ich die Tochter jenes Vaters gewesen wäre, ich dem Staatsanwalt laut zugerufen hätte: „Die Tochter darf niemals des Vaters [illegible]terin sein! Das Kind darf den Vater niemals verlassen, niemals, mag er gethan haben, was er wolle! Die Tochter läßt nicht vom Vater und geht mit ihm in's Gefängniß und nach Sibirien und . . und . .“ Ein

Breisach ein Soldat des Kolmarer Dragonerregiments beim Pferdeschwemmen.

Die Typhusepidemie in der Garnison Saarburg grassirt ungeschwächt weiter und hat jetzt auch auf die Civilbevölkerung übergegriffen. Das 15. Ulanenregiment, welches anfänglich nicht zum Manöver mit ausgerückt war, weil es von der Epidemie am schwersten mitgenommen wurde, erhielt nachträglich doch noch Befehl zum Ausrücken. Die Bevölkerung der Orte, in welchen dasselbe Quartier bezog, äußert wegen der Gefahr der Weiterverschleppung der Seuche in der Presse ihre Entrüstung über die mangelnde Rücksichtnahme der Militärbehörde.

Ausland.

Zur Dreyfusangelegenheit.

Endlich ist ein entscheidender Schritt in der furchtbare Aufregung verursachenden Skandalaffaire geschehen. Der Ministerrath hat sich am Montag für die Revision entschieden. Am Montag Nachmittag traf folgende Depesche des „Wolffschen Bureaus" aus Paris ein: „Sämmtliche Minister einigten sich dahin, die Revision des Dreyfus-Prozesses einzuleiten und die Dreyfusakten dem Kassationshof zu übermitteln."

Eine amtliche Note besagt: Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Brisson fand Montag Vormittag ein Ministerrath statt. Auf Beschluß des Ministerraths wird der Justizminister das ihm eingereichte Revisionsgesuch dem Kassationshofe zustellen. Der Justizminister theilte mit, er werde dem Generalprokurator Instruktionen dahin ertheilen, daß jeder Angriff gegen die Armee unverzüglich gerichtlich verfolgt werde. — Das soll wohl nur ein Beschwichtigungsmittel für die Generalstabsfreunde sein, die über ihre völlige Niederlage nicht wenig ergrimmt sein werden. Das Recht der Regierung, entgegen der Entscheidung der juristischen Kommission die Revision auf eigene Verantwortung anzuordnen, steht außer Zweifel. Aehnlich hat die Regierung nach dem „B. T." erst vor Kurzem in der Affaire Jamet-Leger verfahren, wo die Revisionskommission gleichfalls in zwei gleiche Lager getheilt war, der Justizminister aber trotzdem das Kassationsverfahren einleitete, das zur Rehabilitirung der beiden unschuldig Verurtheilten führte.

Leicht ist die Entscheidung den Ministern nicht geworden. Sie ist in letzter Linie wohl herbeigeführt worden durch die aufsehenerregenden Enthüllungen, die aus London kommen. Das Londoner Blatt „Observer" schreibt, Esterhazy habe mehrfach vor Zeugen erklärt, selbst der Verfasser des Bordereaus auf Befehl des Obersten Sandherr, und mit Wissen Henrys, gewesen zu sein. Trotz des Todes beider könne das Faktum leicht bewiesen werden. Das Bordereau sollte das materielle Beweismittel gegen Dreyfus bilden und den moralischen Beweisen für seine Schuld die Bestätigung geben. —

Esterhazy hat darauf der Redaktion des „Observer" noch erklärt: Der deutsche Generalstab wäre in den Besitz von Aktenstücken gekommen, die nur Dreyfus hätte erlangen können. Das Borderau wäre das Verzeichniß dieser Aktenstücke. Um Dreyfus auf die Probe zu stellen, habe man ihm einen erfundenen Plan für die Truppenzusammenziehung an der italienischen Grenze diktirt; kurze Zeit darauf hätten französische Spione von entsprechenden Veränderungen erfahren, welche bei den italienischen Befestigungen vorgenommen werden sollten. Oberst Sandherr habe sich entschlossen, dieses Aktenstück zum Beweisstück für die Schuld des Dreyfus zu machen. Als Sandherr Esterhazy befahl, es zu schreiben, habe er ohne Zaudern aus militärischem Pflichtgefühl gehorcht.

Esterhazy erzählt des Weiteren, er sei sich völlig bewußt gewesen, eine Fälschung zu begehen, er wisse aber, daß in den Nachrichtenbureaus aller Länder ebensolche Handlungen vorkommen. Siehe den Tauschprozeß! Fast immer müßte das Beweismaterial gegen Spione erst angefertigt werden, da dieselben sonst, weil sie selten Schriftliches hinterlassen, stets frei ausgehen würden.

Dann heißt es weiter: „Nachdem ich den Bordereau geschrieben, mußte derselbe das Aussehen eines authentischen Documents erhalten und daher als auf der deutschen Botschaft gefunden erscheinen. Oberst Schwarzkoppen hat den Bordereau nie gesehen! Einer unserer Agenten übergab das Document dem Botschaftsportier, der ein Spion in unseren Diensten war. Der Portier gab nun das Actenstück wiederum als gefunden [illegible] einen anderen unserer Agenten, Namens Genest, der es dem Geheimbureau zurückbrachte, wo es als auf der Botschaft aufgefunden klassifizirt und registrirt wurde. Daraufhin ist Dreyfus verurtheilt worden.

Der bekannte Brief, der den Passus „Cette canaille de D." (diese Canaille von D.) enthält, ist echt und von Major Schwarzkoppen geschrieben, bezieht sich aber nicht auf Dreyfus, sondern, wie unser Generalstab wußte, auf den Bauunternehmer Dollfuß, der lange vor dem Dreyfus-Skandal dem deutschen Militär-Attaché den Befestigungsplan Nizzas besorgt hatte. Esterhazy behauptet ferner die Mitschuld des Majors Paty de Clam und erklärt, die verschleierte Dame sei die Frau Paty de Clams gewesen."

Bestätigen sich diese Enthüllungen, dann war es in der That unverantwortlich von den französischen Behörden, Esterhazy entwischen zu lassen. Das Londoner Blatt „Weekly Dispatch" erklärt, Esterhazy habe London nicht verlassen, er habe einfach seine Wohnung gewechselt, um den französischen Agenten zu entgehen. Die „Daily News" veröffentlicht einen Brief Esterhazy's an die Besitzer des „Observer" vom 21sten d. M., in welchem derselbe gegen die Veröffentlichung jeder Art von Mittheilungen ohne seine Ermächtigung protestirt und jede derartige Mittheilung im Voraus ableugnet. Das sieht Esterhazy ganz ähnlich. Damit ist aber die Glaubwürdigkeit der Mittheilungen des „Observer" noch lange nicht erschüttert.

In Frankreich [illegible]lt man die Mittheilungen der „Observer" schon aus folgenden Gründen für echt. Als Beweis, daß der „Observer" nichts erfunden, gelten die Namen Dollfus und Genest. Seit dem Beginn der Kampagne waren die Koryphäen der Dreyfuspartei vergebens bemüht, herauszubekommen, wer die „Kanaille de D." sei. Nur ein sehr gut Eingeweihter konnte wissen, daß es der Bauunternehmer sei, welcher die Nizzaer Festungspläne durch Schwartzkoppen an Panizzardi gelangen ließ. Ebenso verhält es sich mit dem Namen des Polizeibeamten Genest, welcher den Verkehr der Pariser Polizei mit den Portierlogen der Botschaften unterhielt.

Die Generalstabspresse ist außer sich vor Wuth über die Enthüllungen und fällt wie auf Kommando über ihren bisherigen Schützling Esterhazy her. Wie der „Gaulois" mittheilt, war es Esterhazy, welcher den Oberst Henry vor dem Disziplinargericht als Fälscher denunzirte. Die „Libre Parole" meldet, Esterhazy richtete an den Kriegsminister General Chanoine ein Telegramm, in welchem er die Mittheilung des Londoner „Observer", er habe eingestanden, der Urheber des Bordereau zu sein, für falsch erklärt. Rochefort erzählt im „Intransigeant", Esterhazy sei von ihm und zwei anderen Redakteuren seit Jahresfrist mit monatlich 300 Frcs. unterstützt worden. Esterhazy, welcher diese Unterstützung in letzter Zeit nicht in Anspruch genommen, müsse jetzt von dem Dreyfus-Syndikat Geld erhalten haben.

Der Revisionsbeschluß wurde von der Bevölkerung durchweg günstig aufgenommen. Während der Verhandlungen des Ministerrathes herrschte vor dem Ministerium des Innern große Bewegung. Zahlreiche Polizei war aufgeboten. Als die Minister das Gebäude verließen, rief die Menge: „Es lebe Brisson!", „Es lebe Picquart!", „Es lebe die Armee!"

Gegen die Anarchisten.

Wie wir bereits mittheilten, soll die Abhaltung einer internationalen Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus alsbald formell von Italien vorgeschlagen werden, nachdem sich alle Kabinette schon prinzipiell zustimmend zu der italienischen Anregung geäußert haben.

Die „N. F." fordert eine Erweiterung der Gesetzgebung gegen den Anarchismus und sagt, man solle die Gründung anarchistischer Verbindungen [illegible] Strafe [illegible]. Auch sei den Anarchisten gegenüber [illegible] Gebrauch zu machen. Die mildere Behandlung des Versuchs sei im Gegensatz zum vollendeten Verbrechen bei den anarchistischen Verbrechen auszuschließen und wie beim Hochverrath zu behandeln, wo jedes auf Ausführung unmittelbar gerichtete Unternehmen den Begriff des Verbrechens vollende.

Etwas Neueres als ernste und durchführbare Strafgesetze wissen die Organe der Bourgeoisie nicht vorzuschlagen. Damit ist aber die Erfolglosigkeit ihres Feldzuges gegen anarchistische Gewaltthätigkeit von vornherein sicher.

In Belgien treiben weiter allerlei [illegible] Attentats-[illegible], deren Unwahrheit sich bald herausstellt. So ist in Brüssel an dem [illegible] ein [illegible] Mordversuch unternommen worden. [illegible]: Nieder ein Kronen! Es ist aber nichts daran. —

Ueber Maßnahmen gegen Anarchisten wird noch gemeldet:

Die Züricher Polizei verhaftete auf dem [illegible] zwei Anarchisten. Dieselben führten Revolver nebst einer größeren Anzahl scharfer Patronen und anarchistische Flugschriften bei sich.

Die Namen der vom [illegible] ausgewiesenen Anarchisten werden voraussichtlich erst in einigen Tagen bekannt werden. Unter den Ausgewiesenen befinden sich Personen, die [illegible] werden müssen, bevor ihre Ausweisung [illegible] werden kann. Die Listen sind den Gendarmerien mit den [illegible] Anordnungen über die Ausführung der Ausweisungen zugegangen.

In Antwerpen wurden bei der Landung eines spanischen Schiffes sechs spanische Anarchisten, welche aus dem Gefängniß von Montjuich entlassen waren und sich nach Belgien begeben wollten, verhaftet und sofort ausgewiesen.

Die Eröffnung des österreichischen Reichsraths.

Der sozialdemokratische Verband des Reichsraths hielt vor der Eröffnung eine Sitzung ab, in der die politische Lage nach allen Seiten besprochen wurde. Es wurde festgestellt, daß die Regierung des Grafen Thun eingestandenermaßen gerüstet ist zum Verfassungsbruch, daß sie ihn mit der ungarischen Regierung geradezu verabredet hat, und daß sie mit Sicherheit darauf rechnet, die Obstruktion werde ihr durch Lahmlegung des Parlaments den Vorwand dazu und den ihr erwünschten Anschein der Zwangslage verschaffen. Dadurch würden zugleich die Majoritätsparteien der Nothwendigkeit überhoben werden, die Verantwortung für den Oesterreich schwer benachtheiligenden Ausgleich und die mit ihm verknüpfte, die arbeitenden Klassen neuerdings hart bedrückende Erhöhung der Verzehrungssteuern zu übernehmen. Der sozialdemokratische Verband hält die Obstruktion unter diesen, völlig geänderten Umständen für einen argen politischen Fehler, der nur der Regierung des Grafen Thun helfen würde, ihre Pläne programmgemäß zu verwirklichen und so den beabsichtigten Verfassungsbruch und eine schwere Belastung des Volkes um so sicherer herbeizuführen.

Der Verband wird darum seinerseits die parlamentarische Verhandlung der Ausgleichsgesetze nicht hindern, sondern alles thun, um sie zur sachgemäßen Debatte und zur pflichtgemäßen Ablehnung zu bringen. Sollte die geschäftsordnungsmäßige Verhandlung des Ausgleiches verhindert werden, dann wird der Verband versuchen, mindestens eine deutliche Meinungsäußerung des Parlaments über diese Vorlagen und über die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens der Regierung zu provoziren.

Ueber die Verhängung des Ausnahmszustandes über Westgalizien wird die Regierung sich verfassungsmäßig vor dem Parlament zu verantworten haben. Die Thatsachen, die diese Maßregel zu einem Verfassungsbruch stempeln, liegen aber so offen zu Tage, daß der Verband beschloß, einen Antrag auf Versetzung des Gesammtministeriums in Anklage sofort einzubringen und zu suchen, die dazu nöthigen Unterschriften zu bekommen.

Weiter wurde beschlossen, die in den vorigen Sessionen eingebrachten Anträge politischer und wirthschaftlicher Natur neuerdings einzubringen. Insbesondere wird der Dringlichkeitsantrag auf Beseitigung des § 14 aus der Verfassung als dringender denn je sofort wieder eingebracht werden.

Von Ostasien.

Ueber die Vorgänge in Peking ist man nach wie vor auf Berichte aus englischer Quelle angewiesen, die bei der starken Betonung der englischen Interessen wohl nicht in allen Punkten als zuverlässig gelten können. Indeß beginnt sich das Dunkel, das über den jüngsten Ereignissen schwebt, doch schon einigermaßen zu lichten. Von Werth sind besonders die Aussagen des früheren Berathers des Kaisers, Kang-yu-Wei, der bei den Engländern sichere Zuflucht gefunden hat. Kang-yu-Wei kam am Sonnabend in Shanghai an Bord des englischen Dampfers „Chung Kiang" an. In Woosung wurde er auf Befehl des Admirals an Bord des englischen Kanonenbootes „Esk" genommen, um ihn vor der Rache Li-Hung-Tschangs zu schützen. Die chinesischen Behörden verlangten die Auslieferung, der Kapitän der „Esk" verweigerte sie. Wie die „Times" aus Sanghai meldet, theilte Kang-yu-Wei, der nach Hongkong abgereist ist, in einer Unterredung mit, er habe Peking am Dienstag verlassen in Folge einer geheimen Warnung durch den Kaiser, welcher in ihn gedrungen sei, sich zu bemühen, daß er die Unterstützung derjenigen erhalte, die an der Wohlfahrt des Landes ein Interesse hätten. Die Partei der Königin-Mutter sei gebunden durch eine geheime Abmachung mit Rußland. Das letztere habe die Absicht, die Mantschuherrschaft in China aufrecht zu erhalten. Der Einfluß Li-Hung-Tschangs trete jetzt gegenüber demjenigen Yungtu's zurück und werde wahrscheinlich abnehmen. Die Gesundheit des Kaisers sei vorzüglich; derselbe sei für den Fortschritt eingenommen, doch überzeugt, daß es unmöglich sei, die Opposition ohne Englands Beistand zu unterdrücken. Kang-yu-Wei fügte hinzu, wenn die Opfer des Staatsstreiches nicht gestützt würden, werde es in Zukunft für jeden Eingeborenen unmöglich sein, die englischen Interessen zu unterstützen.

Ferner wird der „Times" aus Peking bestätigt, Kang-yu-Wei sei geächtet und Tschang-Yin-Huan, der Rivale Li-Hung-Tschangs in Canton, sei verhaftet worden unter der Anschuldigung, Kang-yu-Wei beherbergt zu haben, und werde aller seiner Aemter entsetzt werden. Hierdurch wachse die Macht Li-Hung-Tschangs. Die Beamten begrüßten die Rückkehr der Kaiserin-Mutter zur Herrschaft, das Volk dagegen sei gleichgiltig gegen dieselbe. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." aus Tientsin sind die Gerüchte vom Tode des Kaisers unbegründet. Die Thore Pekings sind wieder geöffnet worden. Die Krise wird russischen Einflüssen zugeschrieben. Li Hung-Tschang und die russische Partei sind wieder eingesetzt, die englische Partei ist geschlagen und der Kaiser gezwungen worden, dem Throne zu entsagen. Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Peking, der Oberste der Palasteunuchen habe erklärt, der Kaiser sei ernstlich erkrankt, sein Ableben nicht unwahrscheinlich.

Partei-Angelegenheiten.

Ausweisungen. Am Donnerstag Abend erhielten der Genosse Dr. Helphant (Parvus), der seit zwei Jahren die Chefredaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung" geführt hat, und der polnische Schriftsteller Dr. Marchlewsky von der Amtshauptmannschaft Pirna die Ausweisungsordre aus dem Königreich Sachsen, mit einer Frist, so viel wir wissen, bis zum Sonntag.

Beide sind Ausländer, und nähere Angaben über die Maßregel werden nicht gemacht. Die Ausweisung ist erfolgt zu einer Zeit, da die preußischen Behörden mit Rücksichtslosigkeit Polen und Russen aus Preußen abschieben.

Wir bedauern auf das Lebhafteste die Ausweisung zweier Männer, deren einziges Verbrechen es ist, nach ihren besten Kräften für die Sache des arbeitenden Volkes schriftstellerisch gewirkt zu haben, und die nun, weil sie Ausländer sind, die ungeheuerlichen Härten der Ausweisungsbefugniß erdulden müssen, die sie ihrem Wirkungskreise gewaltsam entzieht und sie wirthschaftlich aufs Schwerste schädigt.

Was erreicht aber die sächsische Regierung mit solchen Maßregeln? Alle Zwangspolitik rächt sich an ihren Urhebern dadurch, daß die Bewegung, wogegen sie sich richtet, eben dadurch gefördert und gestärkt wird. Auch jenseits der deutschen Grenze werden die mit Weib und Kind aus dem Lande Verwiesenen im Dienste des

---

heftiges Schluchzen unterbrach den Redestrom des Mädchens. Weinend verbarg sie das Haupt in den Kissen.

Andrej Feodorowitsch athmete tief auf. Er küßte der Tochter die nassen Augen und schlug mechanisch ein Kreuz über ihrem Haupte.

„Nun schlafe weiter, mein Kind, schlafe ruhig! Das passirte ja früher einmal und geht uns heute Nichts an. — Gute Nacht, mein liebes, liebes Kind!"

Die Zähne auf einander pressend, trat der Greis aus dem Zimmer.

„Nein, ich darf nicht weiter leben", dachte er bei sich, „ich darf ihr nicht Armuth und Schande zugleich zurücklassen!"

Auf jenem Zimmer [illegible] das große Album mit den Familien-Portraits zur Hand. Da ist sie, als sie zwei Jahre alt war, welch' kleines Wesen! Hier wird sie schon größer und hübscher, und auf diesem Bilde ist sie schon eine Schönheit. Ja, ihr wäre es zuzutrauen; sie hätte dem Staatsanwalt so etwas zugerufen vor allen Leuten! — —

Und wie drollig sie war in ihrer Kindheit ... Und der alte Mann schloß die Augen und träumte, träumte von süßen, vergangenen Zeiten! — —

* * *

XXIX.

In der Theaterwelt.

Der General ist heute sehr unruhig.

Lenia hatte ihm soeben erst erklärt, daß er sie heute zum Director und später in's Theater begleiten müsse. Der Greis zog seine Uniform an, vergaß auch nicht die mannigfachen Orden und begab sich in die Appartements seiner Frau mit solchem Stolze, daß der Lakai ordentlich vor ihm zurückschrak.

Lenia war bei der Toilette. Herr Bonifaz Wenzeslawowitsch Rzezjalus wartete schon einige Zeit und hatte sich's in einem Sessel bequem gemacht. Tigr-Belebowsky ging auf ihn los und rief ihm mit Stentorstimme zu: „Mit wem habe ich die Ehre?"

„Bonifaz Rzezjalus, Excellenz!" gab der Gefragte, aufstehend und sich krumm aufrichtend, zur Antwort.

„Verstehe nicht!"

„Rzezjalus ist mein Familienname. Ich bin Tscheche, und wir haben öfter etwas eigenthümliche Namen, Excellenz."

„So, so! Und ich bin der Mann!" stellte er sich seinerseits vor.

(Fortsetzung folgt.)

klassenbewußten Proletariats weiter kämpfen, und bei uns wird die Bresche rasch und gut ausgefüllt werden.

Wie die „Leipz. Volkszeitung“ erfährt, übernimmt unsere Genossin Dr. Rosa Luxemburg die Chefredaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Sie ist als treffliche Nationalökonomin mit der Schrift über die industrielle Entwickelung Polens hervorgetreten.

Bericht des Partei-Vorstandes
an den
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
1898 zu Stuttgart.

Kassenbericht. Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse
vom 1. September 1897 bis 31. August 1898.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt Mk.	Pf.	Allgemeine Einnahmen Mk.	Pf.	Darlehns-Conto Mk.	Pf.	Zinsen Mk.	Pf.	Ueberschuß des „Vorwärts“ Mk.	Pf.	Vermischte Einnahmen Mk.	Pf.
1897												
September	12333	41	8000	06	20	—	4313	35	—	—	—	—
Oktober	24597	78	10724	33	1840	—	—	—	12023	35	10	10
November	8527	19	7807	19	720	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	36415	41	35465	41	800	—	150	—	—	—	—	—
1898												
Januar	29492	[illegible]	8792	37	3300	—	6128	57	11272	45	1	05
Februar	12357	69	11157	69	1200	—	—	—	—	—	—	—
März	42924	52	42574	52	200	—	150	—	—	—	—	—
April	29703	23	13354	28	4300	—	—	—	12048	95	—	—
Mai	12875	75	11245	75	1530	—	100	—	—	—	—	—
Juni	18415	55	18013	45	250	—	150	—	—	—	2	10
Juli	64927	15	42420	85	—	—	4503	30	18003	—	—	—
August	23294	79	22294	79	1000	—	—	—	—	—	—	—
	315866	91	231850	69	15160	—	15495	21 [1]	53347	75	13	25

315,866.91 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. August 1897 7,086.18 „
Der Reserve entnommen . . . . . 25,907.93 „
348,861,02 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt Mk.	Pf.	Unterstützungen Mk.	Pf.	Proceß- und Gefängn.-kosten Mk.	Pf.	Allgemeine Agitation Mk.	Pf.	Wahl-Agitation Mk.	Pf.	Reichstags-kosten Mk.	Pf.	Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben Mk.	Pf.	Darlehns-Conto Mk.	Pf.	Preß-Unterstützungen Mk.	Pf.	Vermischte Ausgaben Mk.	Pf.
1897																				
September	7216	73	495	—	159	—	3267	70	—	—	—	—	1421	63	1000	—	700	—	173	40
Oktober	17514	79	802	30	749	7	7389	75	—	—	—	—	2302	5	1000	—	5170	—	101	62
November	13555	97	493	—	999	21	3186	30	1000	—	—	—	1280	96	2225	—	4220	—	151	50
Dezember	17631	98	490	—	680	98	4108	90	500	—	3000	—	1232	10	7000	—	620	—	—	—
1898																				
Januar	10131	35	415	—	200	—	2591	70	—	—	2500	—	1184	65	3000	—	220	—	20	—
Februar	12439	15	738	65	—	—	1450	50	—	—	3600	—	180	—	3000	—	3220	—	250	—
März	12806	75	523	—	90	—	3742	20	—	—	4500	—	1956	55	200	—	1760	—	35	—
April	16153	81	1742	55	709	55	3727	90	7650	—	1000	—	1173	81	—	—	—	—	150	—
Mai	107779	54	1669	25	555	40	1976	—	98073	45	2000	—	765	44	2300	—	440	—	—	—
Juni	88759	30	70	—	—	—	2040	—	82696	80	—	—	1517	50	—	—	2420	—	15	—
Juli	22667	85	941	—	499	90	715	—	18794	5	345	—	1360	90	—	—	—	—	12	—
August	16448	38	684	60	376	60	4965	20	4503	40	—	—	937	58	800	—	2385	60	1795	40
	343105	60	9064	35 [1]	5019	71	39161	15	213217	70	16945	— [2]	15313	17 [3]	20525	— [4]	21155	60	2703	92

343,105.60 Mk.
Kassenbestand am 31. August 1898 5,755.42 Mk.
348,861.02 Mk.

Berlin, den 15. September 1898.

Revidirt und für richtig befunden:
H. Meister. C. Oertel. Theodor Metzner. Erdm. Dubber. H. Koenen. A. Kaden. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

[1]) Die diesjährigen Einnahmen aus Zinsen erscheinen aus dem Grunde besonders hoch, weil ein Posten von über 4000 Mk., der eigentlich unter die Einnahmen des Vorjahres gehört hätte, erst in die Rechnung dieses Jahres Aufnahme gefunden hat.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

[1]) Unterstützungen wurden wie üblich nur gezahlt an Parteigenossen oder an Angehörige von Parteigenossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

[2]) Die Reichstagskosten sind gegen das Vorjahr um 10584 Mk niedriger. Das Mitglied der Fraktion, welches die Kassengeschäfte derselben führt, rechnet erst nach Schluß der Session endgültig mit der Kasse ab. Aus diesem Grunde erscheint im Monat Juli für Reichstagskosten noch eine Ausgabe von 345 Mk

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe für Bureauräume, Porto- und Telegrammgebühren, Druckkosten für Cirkuläre ꝛc., die Kosten für Kontrolle der Kasse u. s. w.

[4]) Während das Dahrlehns-Konto in Einnahme und Ausgabe sich in der Regel auszugleichen pflegt, übersteigen in diesem Jahre die Ausgaben die Einnahmen um 5365 Mk. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Darlehen gegeben wurden, die naturgemäß erst später und allmählich in die Parteikasse zurückfließen. Es haben erhalten die Parteigenossen im Verbreitungsgebiet des „Volksfreundes“ in Offenbach i. B. 2000 Mk. als Betriebskapital für Uebernahme des „Volksfreund“; desgleichen die Parteigenossen in Braunschweig 4000 Mk. als Betriebskapital für den „Braunschweiger Volksfreund“; desgleichen die Parteigenossen in München 5000 Mk., um die eingeführte Vergrößerung der „Münchener Post“ aufrecht erhalten zu können. Bisher haben erst die Münchener Genossen 1000 Mk. zurückgezahlt.

C. Ausgaben für die Parteipresse,
im Einzelnen nachgewiesen.

„Braunschweiger Volksfreund“	Mk.	500,— [1])
Elsaß-lothr. Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme“	„	2.540,— [2])
„Fränkische Volkstribüne“	„	1,600,—
„Königsberger Volkstribüne“	„	3,000,— [3])
„Rheinische Zeitung“	„	2,700,— [4])
„Saalfelder Blätter“	„	2,850,— [5])
„Solinger Freie Presse“	„	2,000,— [6])
„Vogtländische Volkszeitung“	„	765,60 [7])
„Volksbote“, Stettin	„	1,200,— [8])
„Volkswacht“, Breslau	„	3,000,— [9])
	Mk.	21,155,60

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Was bereits im vorjährigen Protokoll bezüglich des „Braunschweiger Volksfreund“ bemerkt wurde, „daß noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt und die Folgen des jahrelangen Hadern überwunden sind“, ist eingetroffen. Außer den bereits an anderer Stelle gedachten 4000 Mk. mußten noch 1500 Mk. direkt gegeben werden.

[2]) Die Ausgaben für die elsaß-lothringische Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme“ halten sich auf der im vorjährigen Protokoll festgelegten Linie.

[3]) Die „Königsberger Volkstribüne“ muß weiter unterstützt werden, weil die Königsberger Parteigenossen den Wunsch hegten, ihr Organ auch während der Reichstagswahl dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Für die Zukunft ist die Frage des Erscheinungsmodus der „Königsberger Volkstribüne“ noch eine offene.

[4]) Die „Rheinische Zeitung“ hat sich wie im Vorjahr, so auch in diesem Jahre in erfreulichster Weise weiter entwickelt. Statt des ihnen zustehenden Zuschusses von 4000 Mk. haben die Kölner Parteigenossen nur 2700 Mk. in Anspruch genommen und dabei zugleich die begründete Hoffnung ausgesprochen, daß die „Rheinische Zeitung“ im nächsten Jahr nicht mehr unter den subventionirten Blättern erscheinen wird.

[5]) Auch auf den geschäftlichen Stand der in Saalfeld erscheinenden Parteiblätter hat die Wahlbewegung günstig eingewirkt, so daß für die nächste Zeit eine Verringerung des Zuschusses möglich sein wird.

[6]) Diese Ausgabe wurde in Folge des bekannten Beschlusses den der Hamburger Parteitag in der Solinger Angelegenheit gefaßt hat, nöthig, um den früheren Abgeordneten Schumacher und seine nächsten Freunde von den für die „Solinger Freie Presse“ eingegangenen Verpflichtungen zu befreien. Wie von Seiten Schumacher und seiner Freunde dieses Entgegenkommen der Gesammtpartei beantwortet wurde, ist bekannt.

[7]) Die Unterstützung der „Vogtl. Volksztg.“ wurde nur aus dem Grunde nöthig, weil der Herausgeber, Genosse Künzel, seit Monaten schwerkrank darniederlag, und, um das Weitererscheinen des Blattes zu ermöglichen, von Seiten der Partei ein Geschäftsführer gestellt werden mußte.

[8]) Dieser Zuschuß wurde nöthig in Folge der Uebernahme des Stettiner „Volksboten“ durch die Stettiner Genossen. Voraussichtlich wird das Blatt auch fernerhin noch Hilfe bedürfen.

[9]) Die „Breslauer Volkswacht“ ist leider auch im Berichtsjahr in Folge der Drangsalirungen, denen sie ausgesetzt ist, nicht ohne Zuschuß ausgekommen.

Unser Strafregister. Wie in den früheren Jahren so hat es auch dieses Mal wieder eine reiche Ernte an Geld-, Haft- und Gefängnißstrafen für unsere Genossen abgesetzt. Je glänzender sich die Aussichten des Wahlkampfes für unsere Partei gestalteten, desto nervöser wurden unsere Gegner und desto häufiger die Denunziationen und Strafanzeigen gegen unsere Redner und Redakteure. Zahllos waren besonders die Anklagen und Strafmandate wegen Verbreitung von Wahlflugblättern. Zwar bestimmt § 43 der Gewerbe-Ordnung ausdrücklich, daß von der Zeit der Wahlausschreibung bis zur Beendigung der Wahl zur Verbreitung von Flugschriften eine polizeiliche Erlaubniß nicht nothwendig ist. Aber an solchen gesetzlichen Zwirnsfäden stößt sich ein gut Theil unserer Polizei nicht im Geringsten. Immer und immer wieder fanden Sistirungen der Flugblattvertheiler und Beschlagnahmungen der Blätter statt. Wann die Gerichte denn später auch freisprechen müssen, so war doch die sonst gesetzlich frei gegebene Agitation gestört, ungerechnet die Scheererei und Kosten, die jede Gerichtsverhandlung im Gefolge hat, auch wenn sie mit einer Freisprechung endet. Aber nicht überall haben diese Prozesse mit Freisprechungen geendet. Unvorsintfluthliche Bestimmungen über die Sonntagsheiligung oder der — grobe Unfug-Paragraph haben dazu herhalten müssen, das, was der Gesetzgeber ausdrücklich als straffrei sichern wollte, das Austheilen von Wahlflugblättern zur Wahlzeit — doch unter Strafe zu stellen.

Ungemein zahlreich waren die Strafverfolgungen auch im letzten Jahre und wurden unerhört hohe Strafen erkannt wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung. Aeußerungen, die im gewöhnlichen Verkehr unter den Arbeitern gang und gäbe sind und Niemand als verfänglich betrachtet, wurden vom Richter als „Drohungen“ aufgefaßt und mit wochen- und monatelangem Gefängniß bestraft. Daß diese Judikatur ganz im Sinne und Geiste gewisser unter dem Einflusse der großindustriellen Unternehmer-Vereinigungen stehenden, maßgebenden Kreise gelegen ist, ist zweifellos, die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit der Arbeiter aber muß darunter auf das Schwerste leiden.

Es sind nach unseren Aufstellungen im letzten Jahre Strafen erkannt worden:

Monat	Gefängnißstrafen Jahre	Mon.	Woch.	Tage	Geldbuße Mark
September	8	10	1	2	2130
Oktober	4	5	2	3	1861
November	4	2	4	—	2463
Dezember	1	8	3	6	737
Januar	1	10	2	5	1464
Februar	2	3	—	—	1066
März	5	—	2	3	1194
April	5	1	1	1	305
Mai	7	1	3	5	2825
Juni	5	10	3	5	850
Juli	4	11	—	5	2918
August	2	11	3	5	2135
Zusammen	54	7	1	3	19948

(Ende der Rubrik: Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

In Dresden haben die Dachdecker den Streik aufgehoben. Der Kampf ist durch das Verhalten der Indifferenten verloren gegangen. Ein Theil der Ausständigen ist abgereist und waren nur noch 37 am Ausstande betheiligt.

Zum Streik der Pariser Erdarbeiter. Eine Delegation der streikenden Erdarbeiter von Paris ist von einigen Stadträthen empfangen worden. Diese haben versichert, daß die Sympathieen des Gemeinderaths auf Seiten der Streikenden seien. Der Versuch desselben, den für die Ausstellung thätigen Arbeitern von vornherein durch Aufnahme geeigneter Bestimmungen in die Kontrakte einen auskömmlichen Lohn zu sichern, sei an dem Widerstande der staatlichen Organe gescheitert. Im Uebrigen werde die Pariser Kommunalverwaltung ihren Einfluß zu Gunsten der Streikenden geltend machen. Auch die Unternehmer haben Abordnungen nach dem Stadthaus entsandt, Resultate sind bisher noch nicht erzielt.

Der Streik der Londoner Tramway-Bediensteten ist als verloren zu betrachten. Es war der Kompagnie gelungen, mit Hilfe der „Freien Arbeiter-Association“ die Plätze der Streikenden auszufüllen. „Justice“ meint, daß die erst vor einigen Wochen ins Leben getretene Organisation den Kampf, der durch die Maßregelung einiger Mitglieder seitens der Kompagnie provozirt worden war, lieber hätte vermeiden sollen. An einen Sieg sei bei der noch so wenig ausgebildeten Solidarität dieser Leute nicht zu denken gewesen.

Aus aller Welt.

Eine Kessel- und Benzinexplosion ereignete sich Freitag früh zu Bamberg in der Riedmann'schen Färberei. Der Besitzer der Färberei erlitt sehr schwere Brandwunden, er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Das Arbeiterpersonal rettete sich durch Sprung aus dem Fenster. Einer der Arbeiter erlitt ebenfalls schwere Brandwunden an der Brust und im Gesicht. Ein Dienstmädchen, welches sich im ersten Stockwerk des Gebäudes befand, sprang vor Schreck durch das Fenster auf die Straße; sie erlitt einen Beinbruch und Blutsturz.

Eingestürzt ist in Tetuan am letzten Sonnabend ein Theil des britischen Konsulatsgebäudes. Hierbei büßten fünf Maurer ihr Leben ein.

Durch eine Explosion schlagender Wetter wurden im Gebiete der Kohlengruben bei Brownsville (Pennsylvanien) 54 Arbeiter verschüttet. Von diesen gelang es 27, durch einen anderen Schacht zu entkommen. Fast alle sind verletzt. Acht unkenntliche Leichen sind geborgen, für die übrigen 19 scheint keine Hoffnung auf Rettung mehr vorhanden. Die Explosion wurde durch Bergleute verursacht, welche offene Lampen gebrauchten.

In die Stromschnellen des Niagara stürzte sich kürzlich von der Goat-Island-Brücke aus ein reicher Brauer aus Philadelphia, Peter Schemm; sein Körper wurde vor den Augen einer entsetzten Menge über die Fälle auf der amerikanischen Seite in die Tiefe gerissen. Die Leiche wird wohl nicht wieder zum Vorschein kommen. Peter Schemm stammte aus Bayern, wo er am 30. Mai 1824 geboren war. Im Jahre 1848 kam er nach Philadelphia, ging aber nach einigen Jahren wieder nach der alten Heimath zurück. 1849 kam er abermals nach Philadelphia, wo er ein bedeutendes Vermögen erwarb. Der Beweggrund seines Selbstmordes ist unbekannt.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 27. September 1898.

* **Die Straßenkrawalle in Liegnitz.** Der erste Akt des Dramas ist zu Ende, der zweite wird sich vor dem Schwurgericht abspielen. 32 Jahre und 6 Wochen Gefängniß sind am Sonnabend von der Liegnitzer Strafkammer über die Angeklagten verhängt worden. Fürwahr von den dreißig zu Gefängniß Verurtheilten haben das 20. Lebensjahr noch nicht überschritten. Einer davon ist 15 Jahre, vier sind 16, zwei 17, fünf 18, zwei 19 und einer ist 20 Jahre alt. Keiner der Minderjährigen ist vorbestraft. Auf diesen Theil der Verurtheilten entfällt die größte Hälfte der erkannten Strafen, nämlich 17 Jahre und 1 Monat. Die noch am besten dabei weggekommenen Verurtheilten dieser Kategorie werden 9 Monate, die am schwersten Bestraften 2 Jahre und darüber im Gefängniß zubringen müssen. Einen Gewinn wird der Aufenthalt im Gefängniß für die jungen Leute nicht bedeuten. Die Erziehung, deren sie so sehr bedürfen, wird ihnen dort sicher nicht zu Theil werden.

Der Vertreter der Anklage hat, wie bereits gestern erwähnt, in seinem Plaidoyer behauptet, daß die socialdemokratische Partei einen regen Antheil an den Krawallen habe, denn es seien zweifellos viele Sozialdemokraten unter der Volksmenge gewesen, wie die mannigfachen Rufe aus der Menge bewiesen. Solche Behauptungen lassen sich sehr leicht aufstellen, beweisen können sie nicht werden. Sie entspringen dem Bestreben, für die bedauerlichen Vorgänge eine Erklärung zu finden und da erscheint dem Herrn Staatsanwalt die Sozialdemokratie als das geeignetste Opferlamm. Nach unserer Meinung sind die angeblich ausgestoßenen Rufe — einige Polizeibeamte wollen Hochrufe auf Bruhns und den „Zukunftsstaat“ gehört haben — gar kein Beweis dafür, „daß die sozialdemokratische Partei einen regen Antheil an den Krawallen habe.“

Man vergegenwärtige sich doch die Ursache der Krawalle: Ein angesehener Bürger, der obendrein noch Stadtverordneter ist, belegt sein säumiges Dienstmädchen auf offener Straße

mit den entehrendsten Schimpfworten; die Ausdrücke sind so roh, daß sie die Zeitungen nicht wiedergeben können. Darauf packt der Mann das Mädchen und führt es in das Haus. Hier angekommen giebt er ihr einige Stöße in den Rücken. Es ist darüber gestritten worden, ob die Mißhandlung so stark war, daß das Mädchen Ursache hatte, ein solches Geschrei zu erheben. Nach dem Verhalten ihres Dienstherrn auf der Straße zu schließen, ist die Schmidt nicht mit Glacéehandschuhen angefaßt worden. Diese Behandlung eines Dienstmädchens mag auf den Gütern Hinterpommerns nichts Bemerkenswerthes sein, in einer Stadt wie Liegnitz, und noch dazu vollführt von einem Stadtverordneten, ist sie sehr wohl geeignet, den Unwillen größerer Volkskreise zu erregen. Wenn dieser Unwille sich zu solcher Erregnug steigerte und schließlich in Gewaltthätigkeiten gegen das Löwe'sche Eigenthum sich äußerte, so ist das ja sehr zu beklagen, mit den sozialdemokratischen Bestrebungen hat das aber nicht das Geringste zu thun. Das Verhalten der Verurtheilten ist ebenso auf Mangel an Erziehung zurückzuführen wie das Verhalten des Stadtverordneten Löwe. Da aber die Sozialdemokratie auf die Erziehung des Volkes nicht den geringsten Einfluß auszuüben vermag, so sollte man ihr billiger Weise auch keine Vorwürfe darüber machen, wenn die heutige Erziehungsmethode nicht die gewünschten Früchte zeitigt. Keine Partei außer der Sozialdemokratie stellt in Bezug auf das Erziehungswesen an den Staat so weitgehende Forderungen, mit welchem Erfolg ist bekannt. Und welchen Drangsalirungen sind nicht die Arbeitervereine ausgesetzt, die eine Hauptaufgabe darin erblicken an ihren Mitgliedern das Erziehungswerk fortzusetzen? So lange also die heutige Gesellschaft das Eine nicht thut und das Andere nicht unterläßt, so lange verschone man unsere Partei mit derartigen Vorwürfen. Die Sozialdemokratie ist stolz darauf, an einem großen Theile des Volkes ein gewaltiges Stück Erziehung schon vollbracht zu haben; sie wird sich bei diesem Kulturwerk auch nicht stören lassen, mögen die Mittel, die die heutige Gesellschaft dagegen anwendet, heißen wie sie wollen. Unsere Partei ist sich dessen voll bewußt, daß sie die Mitglieder des Proletariats nicht nur zu Sozialdemokraten erzieht, sondern auch zu Menschen. Das Letztere würden sich die Stützen der heutigen Gesellschaft noch gefallen lassen, das Erstere aber hat zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien die Kluft geschaffen, über die es keine Brücke mehr giebt.

* **Kein Laufsteg über den Schweidnitzer-Stadtgraben.** Von Erbauung einer Fußgängerbrücke über den Stadtgraben im Zuge der Museumstraße ist nach der „Bresl. Ztg." Abstand genommen worden, weil die Zeichnungen der Interessenten für diesen Zweck einen zu geringen Betrag ergeben haben. — Die Interessenten sind offenbar derselben Meinung, der wir f. Z. bei Besprechung dieses Projekts Ausdruck verliehen haben, nämlich, daß es Aufgabe der Stadt ist, öffentliche Verkehrswege, für die ein Bedürfniß vorhanden ist, zu schaffen. Einen vollen Werth würde übrigens der Laufsteg erst dann erhalten, wenn gleichzeitig ein neuer Weg nach der Karlsstraße und damit eine neue, direkte Verbindung mit dem Ringe geschaffen würde. Als Kuriosum wollen wir noch anführen, daß ein Hauswirth auf der Friedrichstraße eine Liste zum Zwecke der Zeichnung von Beiträgen sämmtlichen Miethern seines Hauses vorgelegt hat. Soviel uns bekannt, sind auch auf diese Weise einige Mark zusammengekommen.

* **Städtischer Arbeits-Nachweis.** Frequenz in der Woche vom 12. Septbr. bis 24. Septbr. 1898. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 139. Zu besetzende Stellen: 112. Besetzte Stellen: 88. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte: 53. Zu besetzende Stellen: 74. Besetzte Stellen 53.

* **Soldatenselbstmord.** Am 25. d. Mts. hat sich in der Stadtgrabenkaserne der Grenadier Felix Meisel der 6. Kompagnie, Grenadier-Regiments Nr. 11, mit seinem Dienstgewehr erschossen. Die bei dem Regiment geführten Ermittelungen über die Ursache des Selbstmordes lauten dahin, daß M. „aus verschmähter Liebe" Hand an sich gelegt habe. Wie ein Freund des Verstorbenen dem „Oberschl. Tagbl." mittheilt, hat sich der Verstorbene bei ihm über die Behandlung beim Militär beklagt und dabei geäußert, daß er das Hundeleben nicht länger ertragen könne. Sein Verhältniß zu seinem Rekrutenunteroffizier wäre ein so gespanntes gewesen, daß der Kompagnieführer, Premierlieutenant v. Seckow, sich genöthigt sah, Meisel einer anderen Korporalschaft zuzutheilen. Auf Ersuchen des Divisionsgerichts ist der genannte Freund durch das Amtsgericht Gleiwitz in der Sache als Zeuge vernommen worden und hat vorstehende Angaben auf seinen Eid genommen. Auf den Ausgang der Sache kann man mit Recht gespannt sein.

* **Die Bluthat auf der Gabitzstraße** beschäftigte am Montag das Schwurgericht. Am 17. Juli d. J. wurde, wie f. Z. berichtet, spät Abends vor dem Seemann'schen Tanzlokal an der Gabitzstraße während einer Schlägerei zwischen Civil und Militär der Grenadier Zapf vom Arbeiter Hermann Feist erstochen. Auf der Anklagebank standen gestern neben Feist, der sich noch wegen räuberischer Erpressung zu verantworten hatte, zwei andere junge Burschen, der Arbeiter Robert Schubert und der erst 17 Jahre alte Schlosserlehrling Heinrich Münch. Das Urtheil lautete unter Zubilligung mildernder Umstände gegen Feist auf 5 Jahre und 4 Monate Gefängniß, sowie fünfjährigen Ehrverlust; gegen Schubert wegen Betheiligung an einer Schlägerei, bei der der Tod eines Menschen herbeigeführt wurde, sowie wegen gefährlicher Körperverletzung auf drei Jahre Gefängniß und gegen Münch ebenfalls wegen Betheiligung unter gleichen Umständen auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängniß.

* **Hinrichtung.** Laut Bekanntmachung des 1. Staatsanwalts ist der Lackirer Eugen Kühn aus Breslau, der am 12. Januar d. J. die Trödlerwittwe Kartte ermordete und vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt wurde, heut früh im Hofe des Königl. Untersuchungsgefängnisses enthauptet worden.

* **Brand eines Güterkahnes.** Ein der Schlesischen Dampfer-Kompagnie gehöriger Kahn gerieth in der Nacht zu Sonntag in den Coseler Buhnen bei Breslau in Brand. Durch das Eingreifen der Feuerwehr konnte die Hälfte des Kahnes und der Ladung gerettet werden. Letztere bestand aus ca. 3500 Centner Holz, welches für Magdeburg bestimmt war. Ueber die Entstehungsursache des Feuers verlautet nichts Bestimmtes.

* **In einen Gasthof auf der Kaiser-Wilhelmstraße** kam am 24. d. Mts. ein unbekannter Mann und bat um Nachtquartier. Man wies ihn in einen Stall. Am anderen Morgen fand der Hausdiener die Stallthür von innen geschlossen und gewahrte, durch einen Spalt blickend, daß der Mann regungslos am Boden lag. Als in Gegenwart des schnell herbeigerufenen Wirths die Thüre geöffnet wurde, fand man den Fremden entseelt vor; er schien schon vor mehreren Stunden verschieden zu sein, denn der Körper war bereits ganz erkaltet. Die Leiche wurde nach der Anatomie gebracht.

* **Ein Messerheld.** Am 24. d. Mts. Abends gerieth ein Arbeiter in einer Restauration auf der Neuen Junkernstraße mit einem Mädchen in Streit, wobei das Mädchen mehrere Stichwunden am Rücken erhielt. Der Arbeiter wurde verhaftet.

* **Ueberfall.** In der Nacht zum 25. d. Mts. überfielen ein Arbeiter und ein Schiffer auf der Promenade am Nikolaistadtgraben einen Eisendreher, mißhandelten ihn und machten Miene, ihn in den Stadtgraben zu werfen, wovon sie schließlich nur auf die Bitten des Ueberfallenen Abstand nahmen.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängniß wurden am 24. und 25. d. Mts. 100 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Portemonnaie mit Inhalt, eine schwarze Brosche, ein Sammetstreifen mit Stickerei, eine Fahrradlaterne, ein Pelzhandschuh, eine Kravatte und ein Regenschirm. — Verloren wurden: ein goldener M. S. 17. 1. 93 gezeichneter Trauring, zwei Portemonnaies mit 400 bezw. 200 Mk. Inhalt, ein Brillantring, ein Siegelring mit einem schwarzen Stein und eine goldene Damenuhr mit Kette.

Eine öffentliche Stuckateur-Versammlung, die am Sonntag in Gölich's Lokal tagte, nahm nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Kreutzer über die geplante Zuchthausvorlage folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Versammlung der Stuckateure erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; sie protestirt auf das Entschiedenste gegen die geplante Zuchthausvorlage und macht es jedem Kollegen zur dringenden Pflicht, dem Verbande der Stuckateure Deutschlands beizutreten." Als Delegirter zu dem im November d. J. in Halle an der Saale stattfindenden Verbandstage wurde darauf Kollege Reichelt gewählt. Unter „Verschiedenes" besprach man besonders die Verhandlungen und Beschlüsse des Innungsverbandstages deutscher Baugewerksmeister. Die Anwesenden waren sich darin einig, daß die gemeingefährlichen Pläne des Unternehmerthums nur durch eine fest fundirte Organisation vereitelt werden können und die Kollegen darum mehr als je für die Kräftigung und den Ausbau des Verbandes zu wirken haben.

Liegnitz, 23. September. In der am 21. September im Gasthof „Zu den drei Bergen" abgehaltenen Kreisversammlung erklärte der Vorsitzende, Genosse Mohring, daß er von einem nochmaligen Referate über die Landtagswahlen absehen wolle, da diese Frage schon mehrfach erörtert worden sei. Pflicht der Genossen wäre es jetzt, den Beschluß der Wahlkreiskonferenz zur Ausführung zu bringen. In der nun folgenden sehr lebhaften Debatte traten alle Redner dafür ein, den Beschluß der Wahlkreisconferenz nachdrücklich zu fördern trotz der Aeußerungen des hiesigen Tageblattes, daß von freisinniger Seite die Unterstützung durch die Sozialdemokraten gar nicht erwünscht sei. Ein hierauf eingehender Antrag, welcher lautet: „Die heutige Versammlung sanktionirt den Beschluß der Goldberger Wahlkreis-Konferenz betreffs der Betheiligung an den Landtagswahlen und wählt ein Komitee von 7 Personen", wurde einstimmig angenommen, in der hierauf folgenden Wahl wurden die Genossen: Merker, Helder, Mohring, Winkler, Ulber, Lachnit und Tscharnke gewählt. Ferner wurde das Komitee beauftragt, einen Antrag an den hiesigen Magistrat zu stellen, den Anfang des Wahlaktes auf Nachmittag 5 Uhr festzusetzen. Diejenigen Genossen, die das Amt eines Wahlmannes übernehmen wollen, mögen sich baldigst beim Komitee melden. Unter „Verschiedenes" wird auf die nächste Versammlung des Volksvereins hingewiesen, in welcher Stellung zu den Stadtverordnetenwahlen genommen werden soll.

Neueste Nachrichten.

Essen, 26. September. Ein heute Abend von Essen abgegangener Personenzug ist bei der Station Altendorf entgleist. Der Postwagen ist beschädigt. Einige Personen wurden leicht verletzt.

Wien, 27. Sept. Hier sind drei Verhaftungen angeblicher Anarchisten vorgenommen worden. Die Verhafteten heißen Pillich, Handelsbediensteter, Ghillich Handelsakademiker; beide aus Fiume zugereist und der Czeche Fikar aus Prag. Sie vertheilen angeblich anarchistische Schriften der Omladina.

Lemberg, 27. September. In Jaroslau nahm die Polizei bei zahlreichen Arbeitern und Studenten Haussuchungen vor. Acht Arbeiter und ein Student, bei welchen man eine in London erscheinende anarchistische Zeitschrift fand, wurden verhaftet.

Genf, 27. September. Nachdem die Untersuchung gegen Lucheni und dessen Angeschuldigte bis auf wenige nebensächliche Umstände abgeschlossen ist, wird die Staatsanwaltschaft die Hauptverhandlung für Ende October ansetzen.

Kopenhagen, 27. September. Der ehemalige Vicepräsident des Gemeinderaths und frühere sozialistische Abgeordnete des Folkethings, Peter Holm, der unter der Anschuldigung des Betruges verhaftet wurde, ist heute Nachmittag hier im Gefängniß gestorben.

Paris, 27. September. Noch gestern sollten laut Beschluß des Ministerrathes die Akten des Dreyfusprozesses dem Kassationshofe eingereicht werden. Der Befehl zur Einschiffung Dreyfus' für die Reise nach Frankreich soll bereits ertheilt sein. Vor Anfang Oktober wird Loew, der Präsident der Kriminalkammer des Kassationshofes, keinerlei Vernehmungen anordnen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 26. September.

Eheschließungen. II. Schuhmacher Bruno Schlauve, kath., Sedanstraße 31, mit Anna Lobe, geb. Welz, ev., daselbst. — Schuhmacher Robert Lea, ev., Junkernstraße 22, mit Ernestine Lindner, ev., Lewaldstr. 19. — III. Arbeiter Hermann Raboy, kath., Elbingstraße 3, mit Martha Krause, kath., daselbst. — Mühlenwerkführer Hermann Deutsch, ev., Laasan, Kr. Striegau, mit Anna Haasler, ev., Enderstraße 8. — Werkführer Hermann Goebel, ev., Pitschen, Kreis Kreuzburg, mit Elfriede Tagmann, ev., Blücherstr. 23.

Todesfälle. II. Theresia, T. des Kellners Josef Klose, 11 Mon. — Martha, T. des Schuhmachers Carl Eckert 6 J. — Arbeiterfrau Auguste Schütze, geb. Hiller, 25 J. — Droschkenbesitzer Alois Uhrner, 59 J. — Hermann, S. des Schmieds Ernst Schaal, 2 Mon. — Rangirer Franz Lubinski, 40 J. — Charlotte, T. des Kaufmanns Bruno Giese, 3 Mon. — Arbeiterfrau Bertha Brieger, geb. Teichert, 32 J. — Max, Sohn des Schmieds Ernst Schill, 9 Mon. — Bahnarbeiterfrau Louise Seibert, geb. Wachsmann, 45 J. — Dienstmann Robert Gertler, 53 J. — Ernst, Sohn des Arbeiters Traugott Wolf, 8 Woch. — Erich, S. des Färbermeisters Franz Grosser, 4 Mon. — Koch Paul Heinze, 36 J. — III. Tischler August Pfitzner, 62 J. — Marie, T. des Fleischermeisters Theodor Geister, 1 Stunde. — Arthur, S. des Maurers Johann Aßmann, 6 Tage. — Catharina, T. des Monteurs Richard Prause, 2 Stund. — Droguist Alexander Habrys, 27 J. — Hedwig, T. des Malers Franz Detert, 11 Mon. — Richard, S. d. Kutschers Robert Scholz, 7 Monate.

Quittung.

Zum Landtagswahlfond gingen ein: Kosel durch Kern 2 Mk., H. 1 Mk., O. H. 0,50 Mk., Matthiasstraße 1 Mk., Pfand 0,24 Mk., Krause 3 Mk., Brosig 9 Mk., Frisch voran, 1. Rate Tschepiner Angelherberge 9 Mk., Durch Schön bei Haase, Löschstraße 0,85 Mk., Fleschel 0,40 Mk., O. H. 0,50 Mk; Summa 27,49 Mark.
O. Schütz, Kassirer.

Stadt-Theater.
Dienstag: „Hans Heiling".
Mittwoch: „Tannhäuser".

Lobe-Theater.
Dienstag: „Stellvertreter".
Vorher: „Unter vier Augen".
Mittwoch: „Mamsell Nitouche".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe B. 2. Vorstellung: „Der Richter von Zalamea".
Freitag: Gruppe C. 2. Vorstellung: „Der Richter von Zalamea".
Für die letzte Vorstellung sind für die Abonnenten d. „Volkswacht" Billets in der Expedition d. Bl. zu haben.

Deutsches Theater.
Dienstag: „Wildfeuer".
Mittwoch: Nachmittags 3½ Uhr: Schüler-Vorstellung bei ermäßigten Eintrittspreisen: „Die Karlsschüler".

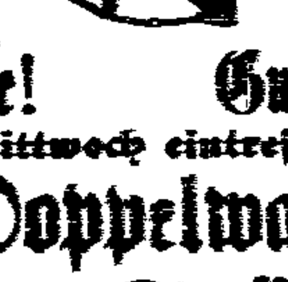
Schneidern empfiehlt in grösster Auswahl und billigen Preisen: Garn, Zwirn, Schnur, Seide, Knöpfe, Futterstoffe, Werkstatt-Utensilien, Nähmaschinen, Zuschneidebücher etc.
W. Kirchhoff, Altbüßerstr. 1 u. Ring 2.
3016

Am Sonntag verschied nach langem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied, der Schriftsteller
Bruno Geiser
im Alter von 52 Jahren. 3930
Seine allezeit rege Antheilnahme am Vereinsleben sichert dem Entschlafenen in unseren Reihen ein bleibendes Andenken.
Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.
Beerdigung: Mittwoch Nachmittag 1 Uhr, vom Trauerhause Fürstenstrasse 14/16 nach Oswitz.

Todes-Anzeige.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, das nach langen schweren Leiden am 25. September erfolgte Ableben unseres hochgeehrten Freundes und Gönners, des Schriftstellers
Bruno Geiser
unseren Mitgliedern und Freunden zur Kenntniss zu bringen.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder d. Zahlst. Breslau d. Deutschen Holzarbeiterverbandes.
Beerdigung: Mittwoch Mittag 1 Uhr, vom Trauerhause Fürstenstr. 14/16 nach Oswitz. 3927

Achtung! **Bauarbeiter!**
Mittwoch, den 28. September, Abends 8 Uhr:
Grosse öffentliche Bauarbeiter-Versammlung
in Hoffmann's Brauerei, Gräbschnerstr. 17 a.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Frosch aus Magdeburg. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Delegirten ins Gewerkschafts-Kartell. 4. Verschiedenes. 3925
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Bauarbeiters, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.
Entree 10 Pf. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Einberufer.

Montag, den 3. Oktober 1898, Abends 8 Uhr:
Große öffentliche Holzarbeiter-Versammlung im Saale des Schießwerder.
Tages-Ordnung: 1. Das Coalitionsrecht der Arbeiter. Referent: College Brosig. 2. Mandatsniederlegung und Neuwahl der Submissionskommission. Berichterstatter: College Langner. 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. Bericht von College John.
Kein Holzarbeiter darf fehlen!
Entree à Person 10 Pfg. 3926 Der Einberufer.

3925

Frische Fische! Gute Fische!
Heute Mittwoch eintreffend:
Ein Doppelwaggon frischer Seefische
hochfeine Waare billige Preise.
Von 5 Uhr ab: Frisch gebratene Fische.
D. D.-F.-G. „Nordsee"
vorläufig nur Schmiedebrücke 48.

Fabelhaft billig durch Gelegenheitskauf
Reste zu Herrenanzügen.
Reste zu Knabenanzügen. 3882
Kleiderstoffe, Gardinen, Züchen und Inletts.
David Freund, Carlsstr. 23, (Ecke Carlsplatz).

20 Herren- und Damenschreibtische werden auch einzeln auf Abzahlung mit einer Anzahlung von **10 Mark** und wöchentlicher Abzahlung von **2 Mark** an abgegeben. 3827[5
S. Osswald Schuhbrücke 74, I.

Ein Held des Geistes und des Schwertes.
Historischer Roman aus den Zeiten des deutschen Hansebundes von
A. Otto Walster.
20 Hefte à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Exped. der „Volkswacht".